

Die Gesellschaften Europas

Theoretische Paradigmen der Europasozio­logie

Maurizio Bach

Beitrag zur Veranstaltung »Komplexe Dynamiken und Entwicklungen in Europa. Aktuelle Europa soziologische Forschung« der Sektion Europasozio­logie

Nach landläufigem Verständnis bildet die Gesellschaft das zentrale Objekt der Soziologie. Dementsprechend scheint es auf der Hand zu liegen, dass wer sich für soziologische Aspekte der europäischen Integration interessiert, am ehesten Schriften zu Rate ziehen wird, die sich mit der „europäischen Gesellschaft“ beschäftigen. Dies allein scheint die Existenz der Europasozio­logie als neuem Forschungszweig innerhalb unserer Disziplin auch zu rechtfertigen. In der Tat bietet, wie Georg Vobruba hervorhebt, „die Europäische Integration der soziologischen Gesellschaftstheorie erhebliches Anregungspotenzial. Denn der rasche institutionelle Wandel führt zu Irritationen der routinisierten Gesellschaftsbeobachtung, woraus sich besondere Chancen ergeben, zentrale Probleme der Konstitution von Gesellschaft und der Verwendung des Gesellschaftsbegriffs als Probleme der Gesellschaftstheorie zu untersuchen“ (Vobruba 2010, S.431). Im vorliegenden Beitrag möchte ich in einem ersten Schritt die überraschenden Einsichten, aber auch die konzeptionellen Ungereimtheiten eines der prominentesten gesellschaftstheoretischen Entwürfe zur „europäischen Gesellschaft“ aufzeigen, das des „Kosmopolitischen Europas“ Ulrich Becks. In einem zweiten Schritt möchte ich einen alternativen Ansatz zur Diskussion stellen, der die Problematik der „europäischen Gesellschaft“ in einen weiteren, historischen und globalen Betrachtungshorizont stellt, was Europa als Raum- und Bezugsrahmen für soziologische Forschung vielleicht klarer umreißt.

Die Entdeckung Europas als einen *übernational* mehr oder weniger integrierten Gesellschaftsraum, mithin als soziales Gebilde *sui generis* durch die Soziologie ist jüngeren Datums, standen bis dato doch vor allem die *nationalen* Sozialstrukturen oder *national* gerahmte soziale Prozesse im Vordergrund der Forschung. Eine kaum zu unterschätzende Rolle spielte dabei die europäische Integrationspolitik, die von den Achtzigern bis zum Beginn der Zehnerjahre unseres Jahrhunderts, getragen von einer globalen Welle von Grenzöffnungs- und Liberalisierungstendenzen, für einen beispiellosen Transnationalisierungs- und Europäisierungsschub sorgte. Dieser hat, neben dem Auf- und Ausbau von historisch beispiellosen politischen Institutionen spezifisch *supranationalen* Charakters, wie die Kommission der Europäischen Union oder den Europäischen Gerichtshof, tiefgreifende Strukturveränderungen in sämtlichen europäischen Staatsgesellschaften bewirkt, im Zusammenhang unter anderem mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes, der Herausbildung eines europäischen Rechtsraumes oder der Formierung transnationaler Elitennetzwerke (siehe zum Stand der Forschung: Bach, Hönig. Hrsg. 2018).

Auf die integrationsinduzierten gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozesse hat die Soziologie in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit ganz unterschiedlichen Strategien der Theoriebildung, vor allem aber mit einer Fülle empirischer Einzelforschungen reagiert (ebd.), wobei Gesellschaftstheorie und empirische Forschung häufig unverbunden nebeneinander stehen. Bemerkenswert für die deutschsprachige Theoriedebatte, auf die ich mich hier im Wesentlichen konzentriere, ist, dass sie überwiegend um die Frage kreist, ob sich eine europäische Gesellschaft als objektive und tragende Struktur entwickelt hat. Dieser Fokus scheint, soweit ich sehe, ein Spezifikum des integrationssoziologischen Diskurses in den deutschsprachigen Ländern zu sein, während im anglophonen Raum Europa stärker als übergreifendes Problem der gesellschaftlichen Moderne thematisiert wird (vgl. Therborn 1995; Outhwaite 2008; Delanty, Rumford 2005). Dementsprechend variieren die Vorstellungen von der europäischen Gesellschaft je nach gesellschaftstheoretischer Ausgangsposition der jeweiligen Autorinnen und Autoren erheblich: Hier dient, zugespitzt formuliert, die nationale Staatsgesellschaft als idealtypische Hintergrunds- und Kontrastfolie der Analyse (vgl. Hettlage, Müller 2006; Müller 2018), dort stehen die Basis- und Leitinstitutionen der gesellschaftlichen Moderne – Arbeitsteilung, Markt, Kapitalismus, soziale Klassen, Massendemokratie, Individualismus unter anderem – in ihrem dialektischen Verhältnis zueinander im Vordergrund, wobei der Nationalstaat nur als *eine* politische Regimeform unter anderen, wie etwa den Imperien, dem Faschismus, dem Stalinismus sowie etwaigen Mischformen, betrachtet wird (vgl. Sträth, Wagner 2017).

Für die soziologische Exploration dessen, was als „europäische Gesellschaft“, gerade auch in ihrer semantischen und objektiven Frontstellung gegenüber der nationalen Gesellschaft oder dem gesellschaftlichen Nationalismus angesehen wird, hat im deutschsprachigen Raum vor allem Ulrich Beck großer gesellschaftstheoretischer Entwurf eines „Kosmopolitischen Europas“ beträchtliche Resonanz erfahren (vgl. Beck, Grande 2004; Beck 2000). Dieser Entwurf zielt auf eine soziologische Kritik der vermeintlichen Fixierung der Mainstreamsoziologie auf die *territoriale* Struktur der nationalen Staatsgesellschaften. Diese wird durch neuere Entwicklungen, wie der Globalisierung, als unwiederbringlich überholt angesehen (Beck 2005). Besonders in der Staatsgrenze sieht Beck daher das konstitutive Moment einer durch vielfältige Grenzöffnungen für Personen, Güter, Ideen und Kommunikation im Zuge der Globalisierung weitgehend überwundenen, nämlich der staatsgeprägten und raumgebundenen Gesellschaftsformation. Verlieren die Staatsgrenzen erst ihre Funktion als Interdependenzhemmnisse, greife immer mehr ein Prozess der „Entgrenzung“ und „Enträumlichung“ Platz. In der Konsequenz löse sich Gesellschaft als geschlossener und intern strukturierter Sozialkörper tendenziell auf: der „nationale Container“ öffne sich nach den vier Seiten hin und schaffe neuartige Interdependenz- und Fusionsräume. Das führt nach Beck aber nicht zu Desintegration oder Anomie, also in eine Verstärkung und Verschärfung von Krisen bzw. Konflikten, wie nach der herkömmlichen, dem „methodologischen Nationalismus“ (Beck) verhafteten Soziologie zu vermuten wäre, sondern laufe vielmehr auf die Verwirklichung einer Utopie hinaus, der Utopie des Kosmopolitismus als Gegenentwurf zum Nationalismus.

Diese „konkrete Utopie“ im Sinne Ernst Blochs, mithin der von der inneren Dialektik der Institutionen der Moderne zur Möglichkeitsform entfaltete gesellschaftliche Gegenentwurf des Kosmopolitismus, beruht nach Beck einerseits auf dem normativen Prinzip der „Anerkennung des Anderen“, also des Fremden schlechthin, andererseits auf Tendenzen zur *Ent-territorialisierung* der repräsentativen Demokratie. Durch die politische Durchlässigkeit und Variabilität der geographischen Staatsgrenzen in Europa und darüber hinaus erfahre der traditionelle Gesellschaftsbegriff somit einen grundlegenden Sinn- und Bedeutungswandel. Die Ligaturen der Staatsgesellschaft lösen sich auf, es bildet sich ein „*post-gesellschaftlicher Sozialraum Europa*“ heraus. Diese ungeplante Entwicklung liegt nach Beck in der inneren Dialektik der europäischen Einigung selbst begründet, nämlich im Abbau der Binnengrenzen

im Zuge der Marktliberalisierung und in der institutionellen Selbstbeschreibung als Integrationsprojekt mit offenem Horizont und unbestimmter konstitutioneller, geographischer und sozialer „Finalität“.

Gegenwärtig wirke das bestehende Institutionengebäude der Europäischen Union jedoch noch als veritabler Hemmschuh für die volle Entfaltung der in ihm angelegten utopischen Kraft, denn es verkörpere bisher nur die staatsegoistische und vor allem bürokratische Deformation der europäischen Ideale. Erst in einer neuartigen Gesellschaftsformation, die man auch als *überterritoriale Post-Gesellschaft* bezeichnen könnte, ließe sich der eigentliche emanzipatorische Gehalt des epochalen europäischen Integrationsprojekts zur vollen Entfaltung bringen.

Das klingt freilich recht optimistisch, ja verheißungsvoll, beinhaltet es doch nichts weniger als die Aussicht auf eine zukünftig bessere Welt, und zwar nicht als bloße theoretische Kopfgeburt und literarische Phantasterei, sondern durchaus im Sinne der „immanenten Kritik“ und „bestimmten Negation“, gemäß Hegel, Marx und Adorno (vgl. Kreis 2017). Mit Beck gerät die Europasozio­logie somit gewissermaßen unter der Hand zum Experimentierfeld einer dialektischen Soziologie, die sich ausdrücklich nicht mit positivistischer Detailforschung zufriedengeben will, sondern mit Emphase noch so etwas wie eine allgemeine und vor allem kritische Gesellschaftstheorie zu betreiben beansprucht. Das ist freilich ein hoher Anspruch, dem sich Beck aber konsequent und unerschrocken gestellt hat und der seinen integrationstheoretischen Großentwurf zweifelsohne auszeichnet, vor allem im Unterschied zu der Überproduktion an warenförmiger, kleinteiliger und unverbundener Projektforschung, wie sie die gegenwärtige Forschungsgestalt in der Soziologie generell und auch die Europasozio­logie kennzeichnet.

Mehr noch: Im Denkstil erinnert Becks Argumentation sogar an Marx, für den die bürgerliche Gesellschaft lediglich Natur- oder Vorgeschichte der wahren, der freien und menschlichen Gesellschaft und ihrer selbstbestimmten Geschichte, die sich dereinst nach dem Enthüllen ihres Fetischcharakters und der Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse realisieren wird. Und noch eine Analogie zu Marx drängt sich auf: Ähnlich wie sich bei dem Trierer die Philosophie dialektisch aufhebt und zur politischen Praxis wird, sobald sich das Bewusstsein von den ideologischen Fesseln befreit hat, münden auch Becks Ausführungen zur europäischen Postgesellschaft bemerkenswerterweise in der Selbstabschaffung der Soziologie als akademischer Disziplin: Die Soziologie wird quasi von selbst, in der dialektischen Konsequenz, ersetzt durch die politische Theorie der „reflexiven Modernisierung“, der nach Beck dem kosmopolitischen Europa einzig adäquaten Wissensform.

Nicht zu übersehen sind jedoch auch die Antinomien und Inkonsistenzen von Becks Begriff der europäischen Gesellschaft. Bei näherer Betrachtung offenbaren sich rasch die paradoxen und sogar selbstnegierenden Implikationen dieses hochgestochenen Theorieentwurfs: Denn konsequent weitergedacht würde dieses widersprüchliche *Zugleich* von Gesellschaft und Nichtgesellschaft im Verwirklichungsfall nicht nur den geographischen Rahmen Europas transzendieren und sich als universales Weltmodell politischer Integration bzw. als Modell einer „Weltrepublik“ etablieren. Es bedeutete zuletzt sogar den Suizid der repräsentativen Demokratie als politischer Organisationsform des Nationalstaates: ohne Territorium (und Grenzen) kein Demos, denn dieser ist *per definitionem* territorial definiert, nämlich als Wählerschaft. Ohne Demos kann es aber auch keine Volkssouveränität geben, denn die Institutionalisierung dieses Legitimationsprinzips des modernen Staates bedarf eines empirischen Kollektivsubjekts, eines „kollektiven Souveräns“ (Norbert Elias), wie immer fiktiv und konstruiert dessen Substrat und Einheit auch sein mag (zur „Fiktion der Volkssouveränität“ vgl. u.a. Kelsen 2006, S.41; ferner Anderson 1983). Wer bildete unter den Bedingungen einer postterritorialen Gesellschaft das souveräne Kollektiv? Worauf würde die Demokratie gründen, wenn sie nicht mehr auf Staatlichkeit und Gebietshoheit, Wählerschaft und staatlicher Verfassung basierte? Auf diese Fragen bleibt Beck jedoch bezeichnenderweise die Antworten schuldig.

Becks mittlerweile geradezu zum Klischee banalisierte Kritik des „methodologischen Nationalismus“ entpuppt sich somit bei näherem Augenschein als ein Fundamentalangriff sowohl auf die etablierte Soziologie als auch auf die moderne parlamentarische Demokratie. Im Subtext verneint Beck sogar die Möglichkeit einer europäischen Gesellschaft. Eine konsequente Europäisierung im Sinne des kosmopolitischen Europa kann letztendlich gar nicht zur Herausbildung einer europäischen Gesellschaft führen, denn diese bliebe ja als „europäische“ semantisch und faktisch der geographischen Räumlichkeit von Nationalstaaten unweigerlich verhaftet. Die Europäisierung erschöpft sich nach Beck mithin in einem politisch-normativen Plädoyer für einen *abstrakten* transnationalen, aber im Kern *a-politischen* Sozialraum, der keine (bürgerliche) Gesellschaft mehr sein soll, sondern ein Raum ohne Grenzen, ohne definierte Zugehörigkeiten, ohne Demos und ohne demokratische Repräsentationsstruktur.

Mit dem Verdampfen der Gesellschaft in der kosmopolitischen Weltrepublik verliert indes, und dies entpuppt sich als die entscheidende Paradoxie des Beckschen Denkens, sogar der räumliche Bezug auf Europa seinen Sinn, der Begriff *Europa* als geographische Referenzeinheit. Der Europabegriff mutiert zur Chiffre für eine Utopie im wörtlichen Sinn: einer „*nova isola Utopia*“ (Thomas Morus) oder einem „Nirgendland“, ohne Ort und Gesellschaft in dieser Welt. Überraschenderweise birgt die Konzeption des Kosmopolitischen Europas nach Beck somit eine *contradictio in adjecto*, ja, eine Selbstwiderlegung. Beck denkt die europäische Gesellschaft also im Grunde raum- sowie herrschaftslos. Damit gibt er in letzter Konsequenz aber auch eine der grundlegenden Leitideen der Moderne preis: die eines staatlich organisierten und demokratisch verfassten Gesellschaftsverbandes.

So viel zu Ulrich Becks Begriff der europäischen Gesellschaft im Kleide des Kosmopolitismus. Wie wir gesehen haben, verflüchtigt sich bei Beck die Gesellschaft in dem Maße, wie der Nationalstaat und seine Grenzen an Bedeutung verlieren. Das anvisierte kosmopolitische Europa mündet schlussendlich in einer Paradoxie; mit seinem Gesellschaftscharakter büßt es auch das spezifisch Europäische an ihm ein.

Eine überzeugendere und empirisch zweifellos gehaltvollere Alternative zu Beck bieten dagegen die Theorieentwürfe Stein Rokkans und Norbert Elias' (Rokkan 2000; Elias 1992; ders. 2001). Sowohl für Rokkan wie für Elias bildet nicht ein theoretisch-methodologischer Gesellschaftsbegriff den Fluchtpunkt ihrer soziologischen Analyse, sondern, ein dezidiert historisches Verständnis von Gesellschaft. Es geht beiden im Kern gleichermaßen um die Frage: Wie haben sich die vielfältigen sozialen Verflechtungsstrukturen und Herrschaftsgebilde auf dem europäischen Kontinent überhaupt zu Gesellschaften gemäß unserem modernen Verständnis entwickelt, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Struktureigentümlichkeiten? Beide Autoren zeigen in ihren umfassenden empirisch-historischen Studien, die bis in die Zeit des Zerfalls des weströmischen Imperiums, die Renaissance und die Konfessionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts zurückreichen, mit beispielloser Klarheit, welche entscheidende Rolle gerade die Herrschaftsstrukturen, insbesondere die Staatswerdungs- und Nationsbildungsprozesse für die Formierung der modernen Gesellschaft gespielt haben. Deutlich wird, dass moderne Gesellschaften in erster Linie als „Staatgesellschaften“ (Elias) bzw. als „politische Systeme“ (Rokkan) zu begreifen sind.

Im Folgenden möchte ich daher Rokkans und Elias' Annäherung an die europäische Gesellschaft skizzieren. Diese Autoren zählen zwar nicht zum Kanon der heutigen Integrationsforschung, und das obwohl das politische und gesellschaftliche Gesamtsystem Europas zu ihren zentralen Forschungsgegenständen gehörte und sie grundlegende Einsichten gerade in dessen Strukturen, Ligaturen und Widersprüche gewonnen haben. Die Beiträge der genannten Sozialwissenschaftler zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Entwicklung der europäischen Gesellschaft in einer langfristigen historisch-vergleichenden Perspektive betrachten. Das schärft den soziologischen Blick für gesamtgesellschaft-

liche Zusammenhänge und vor allem auch für deren innere Prozessdynamik und Dialektik. Mehr noch: Es stellt das Schicksal Europas in den Kontext nicht nur der Entwicklung der Moderne, sondern der Zivilisations- und damit der Menschheitsgeschichte.

Rokkans und Elias' herausragender Beitrag zur Konzeptualisierung der europäischen Gesellschaft ist vor allem darin begründet, dass sie der Gesellschaft als Begriff und als abstraktes sowie „souveränes Kollektiv“ (in Gestalt von „Volk“ oder „Demos“) in einem engen und systematischen Zusammenhang mit der Staats- und Nationsbildung sehen. Sie zeigen, wie die Gesellschaft als raumgebundenes Makrogebilde historisch an die Stelle von konkreten Gesellschaften in Gestalt von Personenverbänden mit Herrschaftsfunktionen, wie Adelsgruppen oder Dynastien, oder lokalen Stadtverbänden mit Binnenautonomie trat. Die Ausdehnung und Verankerung der Herrschaftsfunktionen auf größere Territorialflächen und die umfassende Kontrolle von Bevölkerungen, also von an sich amorphen Massen als Adressaten von strategischem und steuerndem Regierungshandeln („*gouvernementalité*“ mit M. Foucault) durch zentralisierte Staatsbürokratien zählt zu den Hauptergebnissen des Modernisierungsprozesses. Dabei wurden ethnische, konfessionelle und soziale Konflikte freilich nicht eliminiert, wie es Elias Zivilisationsbegriff nahelegt, aber sie wurden doch in der Regel durch Unterwerfung unter die zentralstaatliche Oberherrschaft eingehegt und dadurch relativ weitgehend befriedet. Entscheidend mit dazu bei trug, das wird oft übersehen, die Ideologie des Nationalismus als säkularisiertem Glaubenssystem. Diese Ideologie vermochte es, sich im Zuge der „demokratischen Revolution“ und verstärkt durch entsprechende soziale Praktiken der Nationalisierung als über-ethnisches, überkonfessionelles und auch klassenübergreifendes politisch-gesellschaftliches Gleichheitsnarrativ und Solidaritätsethos durchzusetzen. Unter diesen Voraussetzungen konnten sich die nationalen Gesellschaften in Europa als Staatsgesellschaften und zugleich nationale politische Gemeinschaften von Bürgern innerhalb mehr oder weniger befestigter Territorialgrenzen schließlich erfolgreich und dauerhaft konsolidieren.

Auch wenn sich der Gesellschaftsbegriff anfänglich als politischer Kampfbegriff des aufstrebenden Bürgertums semantisch vom Staat abgrenzte (vgl. Wagner 2000), so verschmolz dessen reales Fundament nach erreichtem Sieg doch sogleich wieder mit ihm, in Gestalt von Republiken oder Diktaturen. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts sind aber vor allem die einzelnen Nationen, als „*imagined communities*“ und damit interdependent als Massendemokratien, zu Kristallisationsformen der segmentären europäischen Gesellschaftsbildung geworden. Die demokratisch verfasste Nation steht seither zugleich für das universale Gesellschaftsmodell des Industriezeitalters und für partikularistische Gesellschaften in den Grenzen des Staates, mit eigener Kultur und gesellschaftlichen Selbstbildern. Wichtig ist, sich dabei vor Augen zu führen, dass die Staatsbildung der Gesellschaftsbildung stets vorausgegangen ist, mithin eine Zentralisierung der politischen Macht, Monopolisierung der Gewalt sowie die Konsolidierung von Herrschaftsräumen durch Grenzbefestigungen (Rokkan) die Selbstwahrnehmung der Nationen als Gesellschaften gefördert hat. Hinzu kommt noch die, vor allem von Michel Foucault thematisierte Umstellung von traditioneller (machiavellistischer) Souveränität auf „Regierung“, im Sinne von *gouvernementalité*, also von Beherrschung der Bevölkerungen, die als das „Substrat“ der modernen Gesellschaften durch die Praktiken staatlicher Kontrolle in ein und demselben Schritt produziert und zum Objekt staatlich gelenkter Sozialtechnologie (*biopolitique*) gemacht worden sind.

Die Nationen als „souveräne Kollektive“ und in der Konsequenz als Massendemokratien, die eine politische Partizipation auch der unterprivilegierten sozialen Klassen und Gruppen eröffneten, gelangten, wie Rokkan und Elias darlegen, erst als Folge zwischenstaatlicher Konflikte in Europa, insbesondere der Massenmobilisierung nach dem Ersten Weltkrieg, zum Durchbruch, nicht als Konsequenz höherer Einsicht in die politische Vernunft und die Menschenrechte. Viel entscheidender ist aber, dass Nation und Demokratie zusammen die Gesellschaft im modernen Sinn verkörpern, mithin als abstraktes,

anonymes und umfassendes, flächengebundenes Struktur- und Verflechtungsgebilde des industriellen und post-industriellen Zeitalters. Und diese demokratisch verfasste Staatsgesellschaft lässt sich nicht richtig verstehen, ohne die Institutionalisierung des Prinzips der Volkssouveränität im Zuge der Nationsbildung und ohne ihr Korrelat der gesellschaftlichen Demokratisierung auf Basis von Massenmobilisierung und -manipulation. In der Idee und Praxis der Volkssouveränität manifestiert sich gleichsam die Selbstkonstitution der nationalen Gesellschaft als wichtigster Überlebensverband der Moderne.

Rokkans und Elias' Theorieentwürfe, die ihren Fokus zeitgebunden in der historische Staats- und Nationsbildung haben und eine höhere gesellschaftliche Integrationsstufe, wie die europäische oder globale, nur am Rande oder bestenfalls nur spekulativ thematisieren, können allerdings mit Blick auf neuere Entwicklungen und damit auch für die Konstellation in der Epoche der supranationalen Integration durchaus lohnend fortgeschrieben und aktualisiert werden. Einige wenige Thesen dazu mögen hier genügen.

Eine erste Hypothese, die man im Anschluss an die genannten Autoren entwickeln könnte, lautet: Grundsätzlich ist heute davon auszugehen, dass der Nationalstaat als Herrschaftsordnung und der Nationalismus als korrespondierender Glaubens-, Gefühls- und Verhaltenskanon der meisten Mitglieder der Staatsgesellschaften ein hohes Maß an Widerstandsfähigkeit und Robustheit („Resilienz“) besitzt. Sie werden aller Wahrscheinlichkeit nach auch in absehbarer Zukunft fortexistieren, also keineswegs verschwinden. Dafür sprechen schon die politisch-institutionellen wie kulturell-habituellen Ligaturen der nationalen Wir-Bilder. Alternative, trans- und übernationale Identifikationen waren stets auf relativ schmale Elitensegmente, den internationalen meritokratischen Elite-Eliten (Eurokrat/innen, Wissenschaftler/innen, Beschäftigte Internationaler Organisationen, Banker etc.) beschränkt, während die Masse der Bürger/innen Europas, einschließlich großer Teile der politischen Klasse (Parteifunktionäre, Regierungsvertreter/innen, Journalist/innen usw.) dem nationalen Habitus und einem entsprechenden Kulturessenzialismus verhaftet bleiben. Unter veränderten Rahmenbedingungen, etwa einer Krise, wie der Staatsschulden- oder *Austerity*-krise, und beflügelt durch entsprechende emotionale Mobilisierung seitens nationalistischer Führer/innen, sind gerade mit dem eigenen Wir verknüpften Massengefühle leicht abrufbar, wie die Wahlerfolge der nationalistischen Populismus in vielen Ländern Europas seit den 2010er Jahren zeigen (vgl. Eatwell, Goodwin 2018).

Darüber hinaus ist festzustellen, dass sich die Nationsgesellschaften in Europa heute mit fundamental neuen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen konfrontiert sehen, die sie tiefgreifend verändern. Das lässt die Fixierung des Kollektivbewusstseins auf das Nationale objektiv, mithin unter sozialstrukturellen Gesichtspunkten freilich als anachronistisch erscheinen. Der Strukturwandel ist in erster Linie dem übernationalen Weltgeschehen, den zwischenstaatlichen Machtverschiebungen sowie der Dynamik der Weltmärkte geschuldet. Ungeplant und unvorhergesehen gewinnen neuartige gesamtgesellschaftliche Spannungsbalancen, vor allem auch bisher nicht gekannte strukturelle Widersprüche an Virulenz. Besonders explosiv ist, dass die *zwischenstaatlichen* und externen Spannungen sich in jüngster Zeit zu Verdichtungsmomenten *innerstaatlicher* politischer Konflikte entwickelt haben, mit erheblichem Eskalationspotenzial. Man denke nur an das Migrations- und Fluchtgeschehen.

Von eminenter Bedeutung für die Übersetzung zwischenstaatlicher Konflikte in innerstaatliche Machtkämpfe erweisen sich wiederum die Demokratien. Wenn von Demokratie die Rede ist, wird oft verdrängt, dass sie sowohl zivilisatorischen wie auch regressiven, sogar selbstzerstörerischen Tendenzen Vorschub leisten kann (Mannheim 1967, S.74ff.). Und dazu braucht man nicht an den Nationalsozialismus zu erinnern. Das hat wesentlich mit der Grundambivalenz der demokratischen Legitimationsideologie zu tun, die letztlich ebenfalls im Nationalismus wurzelt (vgl. Billig 1995, S.93f.). Seit je weist sie sowohl das „Volk“ als auch die Institutionen der Verfassung als zentrale Referenzeinheiten

aus, mithin sie oszilliert stets zwischen „Ethnos“ und „Demos“ (vgl. Lepsius 1990), also zwischen einem organismischem Verständnis von Demokratie und einem institutionellen, dem „Verfassungspatriotismus“.

Der nationale Populismus, der sich mit dem Anspruch, „das Volk“ gegen die Eliten zu vertreten, politisch zu Wort meldet, stellt somit nicht einfach eine Pervertierung des demokratischen Gedankens dar, ist auch nicht als eine Abweichung vom rechten Weg des Liberalismus zu verunglimpfen. Vielmehr ist das organische Demokratieverständnis in dem konstitutiven Legitimationsprinzip der Volkssouveränität von vornherein angelegt. Besonders in nationalen Krisensituationen kann es jederzeit aktiviert werden und entsprechende Handlungsrelevanz für die breite Wählerschaft wie für Teile der nationalen politischen Eliten gewinnen.

Zur Erläuterung dieser Problematik müssen hier zwei knappe Hinweise genügen: Folgt man Elias und Rokkan, dann konstituierten sich Gesellschaften historisch in Europa vor allem als Kristallisationen von Machtkonflikten zwischen verschiedenen sozialen Klassen, Gruppen und Institutionen. Machtbeziehungen sind aber niemals statisch, sie unterliegen einem ständigen Veränderungsprozess. Dabei erweist sich gerade die bereits angesprochene Interdependenz von *zwischenstaatlichen* und *innerstaatlichen* Konflikten als von strukturbildender Relevanz.

Charakteristisch für das 20. Jahrhundert war nach Elias zudem vor allem eine Veränderung der Machtrelationen zwischen ehemals etablierten und gesellschaftlich unterprivilegierten Bevölkerungsschichten im Zuge der Industrialisierung und der daraus resultierenden Zunahme der internationalen Abhängigkeiten. Hervorstechend sind die allmähliche Verringerung der Machtdifferenziale im Verhältnis von Männern und Frauen, von älteren und jüngeren Generationen, im Verhältnis der europäischen Gesellschaften zu ihren ehemaligen Kolonialgesellschaften sowie im Verhältnis von Regierenden und Regierten (Elias 1992, S.36f.). In den europäischen Gesellschaften hätten sich dadurch die für das Selbstverständnis der nationalen Gesellschaften grundlegenden Glaubens-, Gefühls- und Verhaltenskanons, kurz der „nationale Habitus“ (Elias), fundamental verändert, mit entsprechenden Auswirkungen auf die politische Arena. Elias führt etwa die Herausbildung eines globalen Gewissens im Zusammenhang der Sensibilisierung für Menschenrechtsfragen und des Postkolonialismus oder auch den weltweiten Kampf der Frauen für Gleichstellung und Diskriminierungsverbote als Beispiel an.

Interessant wäre es nun, diese Diagnose weiterzudenken und auf die aktuelle Situation in Europa zu übertragen, die in vielerlei Hinsichten in der Kontinuität der genannten Trends steht, aber sich natürlich auch, wie gesagt, mit gänzlich neuen Herausforderungen konfrontiert sieht. Denn im Laufe des späten 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts erleben wir unerwartete Veränderungen der zwischen- sowie innerstaatlichen Spannungs- und Konfliktbalancen. Zuvor unbekannte gesellschaftliche Widersprüche treten in Erscheinung. Diese sind nicht mehr ohne weiteres in Einklang mit den gegebenen politisch-staatlichen Institutionenstrukturen zu bringen. Sie erweisen sich gewissermaßen als inkongruent gegenüber der überlieferten Institutionen- und Verfahrenslogik. Sie stellen besonders die repräsentativen Demokratien grundlegend infrage.

Symptomatisch dafür sind die deutlichen Verringerungen der Machtdifferenziale im Verhältnis der in der Europäischen Union zusammengeschlossenen Staaten durch die erfolgreiche Institutionalisierung von Kompromisszwängen sowie *checks and balances*. Das hat zwar zu einer tragfähigen Pazifizierung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa geführt. Parallel zur Verringerung der zwischenstaatlichen Machtdifferenziale ist aber auch der ungeplante und unerwartete Aufstieg einer neuen Machtgruppe zu beobachten, derjenigen der europäischen Funktionselite, der sogenannten Eurokraten (vgl. Krastev 2017). Diese genuin europäische Technokratenkaste, die Trägergruppe der Europäisierung, hat sich mehr und mehr zur modellgebenden Schicht für die Konfliktmuster, Wertschätzungen, Kommunikationsformen, Qualifikationen und Statussymbolik der meritokratischen Eliten des neuen Europas entwickelt (vgl. Büttner 2017). Wenn man so will, verkörpern die EU-Professionals den

institutionalisierten Kosmopolitismus Europas mit seiner besonderen Wertschätzung für Argumentation und Kompromiss, Verhandlung und Pragmatik, Regelorientierung und Expertise.

Allerdings tritt dabei auch ein konflikträchtiges neues Spaltungsmoment hervor: Obwohl die EU-Eliten und ihre Netzwerke, im Unterschied etwa zu den Populisten, nach ihrem Selbstverständnis geradezu den Prototypus der *institutionellen* Demokraten repräsentieren, bietet die Europäische Union als politisches System selbst keinerlei wirksamen Kanal für demokratische Repräsentations- und Medialisierungsprozesse. Die Europäische Union agiert als ein von den Mitgliedstaaten, den eigenen Bezugsgesellschaften weitgehend entkoppeltes, demokratiefernes und legitimationsschwaches Institutionensystem, gewissermaßen als gerade in seiner gesellschaftlichen Substanz amputierte politisches System. Die Wählerschaften bleiben aber trotz fortgeschrittener struktureller Transnationalisierung in allen europäischen Ländern nach wie vor unverbrüchlich territorial gebunden, mithin auf den Nationalstaat als bisher einzigen verlässlichen Garanten für demokratische Partizipation und Kontrolle, Umverteilung und Sicherheit verwiesen. Das Europaparlament spielt dagegen nur eine marginale Rolle, zumal es der originär parlamentarischen Prärogativen, wie die Wahl und Kontrolle einer Regierung oder auch die Gesetzgebungsfunktion, ermangelt. Einer Verringerung der Machtdifferentiale im zwischenstaatlichen Verhältnis im Zuge der europäischen Integration stehen somit explosive Vergrößerungen der Machtasymmetrien zwischen sozialen Gruppen sowie tiefgreifende Entdemokratisierungstendenzen gegenüber.

Die Konfliktinstitutionalisierung ist nach Elias eine der wichtigsten Voraussetzungen für Gesellschaftsbildung. Sie setzt aber handlungsfähige und mächtige Staaten voraus. In der europäischen Union sind es die Mitgliedstaaten, die als nationale Gesellschaften die Garanten für Demokratie und europäische Pazifizierung sind. Ohne die Nationalstaaten kann es keinen europäischen Gesellschaftsverband geben. Sie alleine sind es auch, welche die demokratische Legitimation der Europäischen Union gewährleisten, ausgehend von den mitgliedstaatlichen Demokratien und vermittelt über längere, aber unverzichtbare Legitimationsketten (vgl. Grimm 2016).

Parallel dazu sind aber eben auch ganz neuartige Vertiefungen von Machtasymmetrien zu beobachten. Solche sind unter anderem zu beobachten im Verhältnis

- zwischen der Europäischen Union und ihren Anrainerstaaten;
- zwischen den wettbewerbsstarken und den ärmeren EU-Mitgliedstaaten, mithin zwischen Zentrum und Peripherie innerhalb der EU;
- zwischen dem nationalen Demos und seinen Repräsentant/innen einerseits, den EU-Technokrat/innen andererseits (siehe oben);
- zwischen den nationalen Mittelschichten bzw. Eliten auf der einen und den transnationalen meritokratischen Eliten der EU und internationaler Institutionen auf der anderen Seite sowie
- zwischen Einheimischen und Fremden (Ausländer/innen bzw. Flüchtlingen).

Besonders explosiv an diesen Machtverschiebungen jüngeren Datums ist, dass sie sich zu Kristallisationskernen innerstaatlicher politischer Konflikte entwickelt haben, mit erheblichem Eskalationspotenzial. So etwa zu Spannungen zwischen Einheimischen und Fremden, zwischen Etablierten und Außenseitern, zwischen Pro- und Contra-Europäer/innen, zwischen Integrationsgewinner/innen und Integrationsverlierer/innen, Populist/innen und liberalen Eliten, schließlich zwischen Verfassungspatriot/innen und Neonationalist/innen. Vieles spricht dafür, dass die Rückkehr eines militanten Nationalismus unserer Tage und die ihn begleitenden Wellen von Fremdenfeindlichkeit in Gestalt des Antisemitismus, der Migrationsabwehr oder der Flüchtlingsphobie als Katalysatoren für solche innergesellschaftlichen Machtverschiebungen wirken. Das geht heutzutage aber zu Lasten von vor kurzem noch etablierter und traditionell selbstbewusster nationaler Schichten und Milieus, die sich neuerdings in ihrer Machtstellung bedroht fühlen. Um ihrer kollektiven Selbstvergewisserung willen greifen sie

nun auf ethnische oder andere kulturessenzialistische Abgrenzungsmechanismen zurück (vgl. Elias 1990; Reckwitz 2017, S.394f.; Nachtwey 2016). Diese neuen gesellschaftlichen Spannungen und Spaltungen stellen wiederum besonders unsere Demokratien vor große und unerwartete Probleme. Verschiebt sich die Legitimationsachse zur organischen oder essenzialistischen (neo-völkischen) Seite, droht der repräsentativen Demokratie paradoxerweise die Zerstörung in ihrem eigenen Namen. Zu rechnen ist dann mit einer erneuten Transformation der Demokratie in einen tendenziell autoritären und ethnische Hegemonie beanspruchenden Regimetyp mit entsprechendem Konfliktpotenzial und -formen.

Als Fazit meiner Ausführungen lässt sich folgendes festhalten: Auf der Suche nach der „europäischen Gesellschaft“ sollte die Soziologie nicht vorschnell das Kind mit dem Bade ausschütten und mit dem Nationalstaat zugleich den Gesellschaftsbegriff preisgeben. Das führt in Aporien und Paradoxien. Stattdessen käme es darauf an, die europäische Gesellschaftsentwicklung in weitere historisch-soziologischen Problemzusammenhänge zu rücken, wie dies vor allem Elias, Rokkan, aber auch hier nicht näher betrachten Denker, wie Michel Foucault oder Smuel Eisenstadt vorgeführt haben. Anstatt lediglich einzelne und isolierte Gesichtspunkte und Detailfragen zu verfolgen, wären, im Anschluss an diese Denkrichtungen, die Verschiebungen in den gesellschaftlichen Machtbeziehungen und den Konfliktachsen, die das Integrations- und Zivilisationsniveau von Gesellschaften wesentlich bestimmen, gleichsam neu zu vermessen. Die zwischenstaatlichen Konflikte und ihre Veränderungen sind dabei immer im engen Zusammenhang mit den innerstaatlichen Spannungsbilanzen zwischen sozialen Klassen, nationalstaatlichen Institutionen sowie den auf der Ebene der Massengefühle dominierenden Empfindungs-, Glaubens- und Verhaltensmustern zu betrachten. Denn zusammengenommen konstituieren gerade sie jene komplexe Dynamik, die Gesellschaften als historisch strukturierte Verflechtungsverbände von großen Bevölkerungsmassen und hochdifferenzierten Funktionssystemen hervorbringt, gleichzeitig aber auch beständig transformiert.

Inwieweit der Einigungsprozess Europas tatsächlich mehr als nur einen gesellschaftlich entkoppelten Staatenverbund hervorzubringen vermag, ist gerade angesichts der Krisen, die Europa derzeit erlebt, wieder mehr denn je eine offene Frage. Auf einem anderen Blatt steht, ob sich nicht gerade durch die rechtspopulistischen und neonationalistischen Strömungen vermittelt und über den demokratischen Wahlkanal, dem vornehmsten Verfahrensmodus der gesellschaftlichen Konflikteinhegung, die von kosmopolitischen Soziolog/innen wie Ulrich Beck schon überwunden geglaubte Gesellschaft mit Nachdruck zurückmeldet – als Speerspitze gegen das lange Zeit ohne gesellschaftliche Rückbindung vorangetriebene Elitenprojekt der europäischen Integration und als Revanche für den vermeintlichen Ausverkauf der nationalen Interessen und den verletzten Nationalstolz (vgl. Bach 2008; Haller 2009).

Literatur

- Anderson, Benedict. 1983. *Imagined Communities. Reflections on the Origins and Spread of Nationalism*. London: Verso.
- Bach, Maurizio. 2008. *Europa ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der Europäischen Integration*. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Bach, Maurizio und Barbara Höning, Hrsg. 2018. *Europasozioologie. Handbuch für Wissenschaft und Studium*. Baden-Baden: Nomos.
- Beck, Ulrich und Edgar Grande. 2004. *Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der zweiten Moderne*. Frankfurt: Suhrkamp.

- Beck, Ulrich. 2005. Europäisierung – Soziologie für das 21. Jahrhundert. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 34/35:3–10.
- Billig, Michael. 1995. *Banal Nationalism*. London: Sage
- Büttner, Sebastian. 2018. EU-Experten und -Professionals. In *Europasozioologie. Handbuch für Wissenschaft und Studium*, Hrsg. Maurizio Bach und Barbara Höning, 130–140. Baden-Baden: Nomos.
- Delanty, Gerald und Rumford Chris. 2005. *Rethinking Europe. Social Theory and the Implications of Europeanization*. London and New York: Routledge.
- Eatwell, Roger und Matthew Goodwin. 2018. *National Populism. The Revolt Against Democracy*. London: Penguin Random House UK.
- Elias, Norbert. 1990. Zur Theorie der Etablierten-Außenseiter-Beziehungen. In *Etablierte und Außenseiter*, Norbert Elias und John L. Scotson, 7–56. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Elias, Norbert. 1992. *Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Elias, Norbert. 2001. Wandlungen der Wir-Ich-Balance [1987]. In *Die Gesellschaft der Individuen*, 207–315. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Grimm, Dieter. 2016. Zum Stand der demokratischen Legitimation der Europäischen Union nach Lissabon. In *Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie*, Dieter Grimm, 71–94. München: Beck.
- Haller, Max. 2009. *Die Europäische Integration als Elitenprozess. Das Ende eines Traumes?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kelsen, Hans. 2006. *Verteidigung der Demokratie*. Herausgegeben von Matthias Jestaedt und Oliver Lepsius. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Krastev, Ivan. 2017. *Europadämmerung. Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- Kreis, Guido. 2017. Die Dialektik in der „Dialektik der Aufklärung“. Die Spur Hegels. In *Max Horkheimer/Theodor Adorno: Dialektik der Aufklärung*. Hrsg. Gunnar Hindrichs, 131–149. Berlin: De Gruyter.
- Lepsius, M. Rainer. 1990. „Ethnos“ und „Demos“. Zur Anwendung zweier Kategorien von Emerich Francis auf das nationale Selbstverständnis der Bundesrepublik und der Europäischen Einigung. In *Interessen, Ideen und Institutionen*. M. Rainer Lepsius. 247–255. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hettlage, Robert und Hans-Peter Müller. 2006. Die europäische Gesellschaft? Probleme, Positionen, Perspektiven. In *Die europäische Gesellschaft*, Hrsg. Robert Hettlage und Hans-Peter Müller, 9–39. Konstanz: UVK.
- Mannheim, Karl. 1967. *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*. 2. Auflage. Berlin und Zürich: Verlag Gehlen.
- Müller, Hans-Peter. 2018. Die europäische Gesellschaft. In *Europasozioologie. Handbuch für Wissenschaft und Studium*, Hrsg. Maurizio Bach und Barbara Höning, 44–50. Baden-Baden: Nomos.
- Nachtwey, Oliver. 2016. *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Outhwaite, William. 2008. *European Society*. Cambridge: Polity.
- Reckwitz, Andreas. 2017. *Die Gesellschaft der Singularitäten*. Berlin: Suhrkamp.
- Rokkan, Stein. 2000. *Staat. Nation. Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schimak, Uwe, Steffen Mau und Olaf Groh-Samberg. 2014. *Statusarbeit unter Druck? Zur Lebensführung der Mittelschichten*. Weinheim: Belz.
- Stråth, Bo und Peter Wagner. 2017. *European Modernity. A Global Approach*. London u.a.: Bloomsbury.
- Therborn, Göran. 1995. *European Modernity and Beyond. The Trajectory of European Societies 1945–2000*. London u.a.: Sage.

- Vobruba, Georg. 2010. Gesellschaftstheoretische Grundlagen der Europasozio­logie. Die soziologische Beobachtung der Gesellschaft in der Europäischen Integration. In *Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*, Hrsg. Monika Eigmüller und Steffen Mau, 431–470. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wagner, Peter. 2000. An Entirely New Object of Consciousness, of Volition, of Thought. The Coming into Being and (Almost) Passing Away of „Society“ as a Scientific Object. In *Biographies of Scientific Objects*, Hrsg. Lorraine Daston, 132–157. Chicago: The University of Chicago University Press.